

Atomwaffen: nicht modern, sondern illegal

von Regina Hagen, Kampagne atomwaffenfrei.jetzt, Darmstadt

Zuverlässig und einsetzbar müssen Atomwaffen sein, finden die Atomwaffenstaaten, daher werden die Arsenale modernisiert. Im Fokus stehen je nach Land die Größe und Zerstörungskraft der Sprengköpfe, der Zündmechanismus, neue Trägersysteme (Bomber, Raketen und U-Boote), eine größere Reichweite und Zielgenauigkeit, Mehrfachsprengköpfe oder andere Gegenmaßnahmen gegen Raketenabwehr, in den »neuen« Atomwaffenländern auch der Ausbau des Arsenal und die Produktion von mehr Spaltmaterial.

Finanzkrise hin oder her: Die Kosten für die Modernisierungsprogramme sind enorm, und die Kostenpläne werden regelmäßig überschritten. Großbritannien beispielsweise beziffert den geplanten Austausch seines U-Boot gestützten Arsenal auf 30 Mrd. US\$. In den USA ist der inzwischen auf zehn Mrd. US\$ hochgeschwellte Preis für die »Modernisierung« des auch in Deutschland stationierten Bombentyps längst Wahlkampfthema, Modernisierungsprogramm insgesamt wird hunderte Milliarden kosten.

wehr, die Bestandteil der US-»Abschreckungstriade« ist). Die anderen Atomwaffenländer gaben 2011 schätzungsweise einen ähnlich hohen Betrag für Nuklearrüstung aus.

Diffuse Gründe für Atomwaffenbesitz

Das ist viel Geld für »Verteidigung« und »Abschreckung«. Dabei wurden die Gründe für den Besitz von Atomwaffen schon vielfach widerlegt.

- Japan kapitulierte im Zweiten Weltkrieg nicht aufgrund der Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, sondern als Reaktion auf den Kriegseintritt der Sowjetunion.

- Der Besitz von Atomwaffen verschaffte den Staaten bei der Kriegsführung keinen Vorteil.

- Atomwaffen sind kein Stabilitätsfaktor, im Gegenteil: Je mehr Atomwaffenstaaten es gibt, desto instabiler wird die Welt.

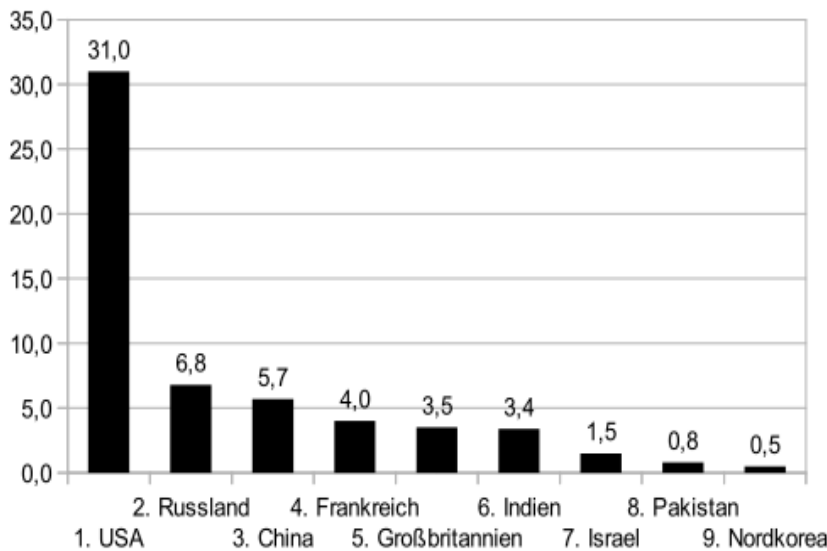
Dennoch scheint es vielen Politikern (deutlich seltener auch Militärs) der Atomwaffenstaaten einfach nicht vorstellbar, die »Sicherheit« ihres Lan-

NATO Atomwaffen als »Garant für die Sicherheit«, und das Gipfeltreffen in Chicago erklärte im Mai 2012, »dass das Dispositiv der nuklearen Kräfte des Bündnisses gegenwärtig die Kriterien eines wirksamen Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs erfüllt« und dass »die möglichst umfassende Beteiligung der Bündnispartner an der kollektiven Verteidigungsplanung mit Bezug auf deren nukleare Anteile, an der Stationierung von nuklearen Kräften [in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei; RH] in Friedenszeiten und an Führungs-, Kontroll- und Konsultationsverfahren [zu] gewährleisten« sei.

Deutschland hatte sich, um diesem Anspruch gerecht zu werden, beim NATO-Gipfeltreffen in Chicago im Mai 2012 sogar zur Aufgabe der Forderung nach einem Abzug der thermonuklearen Fliegerbomben des Typs B61-3 und B61-4 aus Büchel überreden lassen und will stattdessen 250 Mio. € in die Verlängerung der Einsatzbereitschaft des Trägerflugzeugs Tornado stecken. Für die Modernisierung der Atomwaffen hingegen sind die USA zuständig. »Sicher, zuverlässig und effektiv« soll das Arsenal der USA werden, daher wird der neue Bombentyp B61-12 entwickelt, der im Austausch gegen die vorhandenen Bomben dann auch in Deutschland stationiert werden soll.

Unmoralisch und illegal

Anstatt über »Sicherheit, Zuverlässigkeit und Effektivität«, die Größe von Arsenalen oder die Gefahr von Atomwaffen in den »falschen Händen« zu reden, startete die Regierung der Schweiz eine Initiative mit genau entgegengesetztem Ziel: Sie stellte vor der Weltgemeinschaft die Legitimität von Atomwaffen generell in Frage. »Unbenutzbar, unmoralisch und illegal« seien sie, befand die schweizer Außenministerin Micheline Calmy-Rey anlässlich der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) im Mai 2010. Unbenutzbar seien sie aufgrund ihrer unverhältnismäßigen Zerstörungskraft. Da sie Le-



Grafik: Geschätzte Ausgaben für Atomwaffen 2011 in Mrd. US\$ als »core costs« (Quelle: www.globalzero.org)

Weltweit lagen die Aufwendungen für Atomwaffen im Jahr 2010 bei 91 Mrd. US\$. Das Weiße Haus ließ sich den US-Atomwaffenkomplex im Jahr 2011 ca. 31 Mrd. US\$ kosten (dazu kamen gut acht Mrd. US\$ für Raketenab-

des ohne Atomwaffen zu gewährleisten. Folgerichtig stellte US-Präsident Obama im April 2009 in seiner Prager Rede »Eine atomwaffenfreie Welt« klar: »Solange es diese Waffen gibt, werden wir ein sicheres und wirksames Arsenal [...] aufrechterhalten [...]«

In ihrem Strategischen Konzept vom November 2010 bezeichnete die

ben und Umwelt unterschiedslos zerstören, seien sie „nicht nur eine Massenvernichtungs- sondern eine Auslöschungswaffe“ und folglich unmoralisch. Und schließlich „können wir uns kein Szenario vorstellen, in dem diese Waffe eingesetzt werden kann, ohne das humanitäre Völkerrecht zu verletzen“, also seien Atomwaffen per se illegal.

Damit zog Calmy-Rey ein knappes Fazit der Studie »Deligitimizing Nuclear Weapons«, die die Eidgenossenschaft gemeinsam mit dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes in Auftrag gegeben hatte. Und sie griff damit auch das Rechtsgutachten zur (II-) Legalität von Atomwaffen des Internationalen Gerichtshofes auf, der 1996 befand, „dass die Bedrohung durch oder Anwendung von Atomwaffen generell im Widerspruch zu den in einem bewaffneten Konflikt verbindlichen Regeln des internationalen Rechts und insbesondere den Prinzipien und Regeln des humanitären Völkerrechts stehen würden“.

Mit dieser Argumentation rannten die Schweiz und das Rote Kreuz bei einem Großteil der Staaten, die an der NVV-Konferenz teilnahmen, und bei den NichtregierungsvertreterInnen offene Türen ein und brachte etwas frischen Wind in die schalen Diskussionen, die sich meist nur um »Nichtverbreitung« drehen. Die Sorge um die „katastrophalen humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes“ schafften es sogar ins Abschlussdokument der Konferenz.

Beim Folgetreffen 2012 wurde das Thema erneut prominent aufgegriffen, inzwischen nicht mehr nur von der Schweiz sondern in einem gemeinsamen Plenarbeitrag von 16 Staaten aus aller Welt. „Atomwaffen haben das zerstörerische Potential, das Überleben der Menschheit zu bedrohen, und so

lange es sie gibt, hält auch die Bedrohung der Menschheit an. [...] Außerdem taugen Atomwaffen nicht dazu, aktuelle Herausforderungen wie Armut, Gesundheit, Klimawandel, Terrorismus oder transnationale Verbrechen zu adressieren. Es ist vorsichtig ausgedrückt höchst bedenklich, dass jedes Jahr enorme Gelder für die Aufrechterhaltung, Modernisierung und Erweiterung nuklearer Arsenale ausgegeben und gleichzeitig die verfügbaren Budgets für Soziales, Gesundheitsvorsorge oder Erziehung gekürzt werden.“ Unter Verweis auf das humanitäre Völkerrecht konstatierte das Statement weiter: „Es ist von elementarer Dringlichkeit, dass diese Waffen unter keinen Umständen jemals wieder eingesetzt werden. Der einzige Weg, das sicherzustellen, ist die vollständige, irreversible und verifizierbare Abschaffung der Atomwaffen, und zwar unter wirksamer internationaler Kontrolle.“

Nuklearwaffenkonvention: weiterhin Stillstand

Damit knüpften die 16 Staaten an die Schlussfolgerung des Internationalen Gerichtshof in seinem Rechtsgutachten von 1996 an: „Es gibt eine Verpflichtung, Verhandlungen in redlicher Absicht fortzusetzen und abzuschließen, die zu atomarer Abrüstung in all ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führt.“ Die Mehrheit der Staaten fordert genau das ein. Die »Factual Summary« der NVV-Konferenz 2012 konstatiert: „Viele Staaten betonten die Notwendigkeit von Verhandlungen über ein mehrstufiges Programm für die vollständige Abschaffung von Atomwaffen innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens, einschließlich einer Atomwaffenkonvention.“

Dafür kämpft die Friedensbewegung schon seit 15 Jahren. 1997 legten drei internationale Nichtregierungsorga-

nisationen einen Entwurf für eine Nuklearwaffenkonvention vor, die genau das ist: ein Plan in mehreren zeitlich genau festgeschriebenen Stufen zur Vernichtung sämtlicher Atomwaffen und Trägersysteme mit einem strikten Verifikationssystem.



Tornado der Bundeswehr als atomares Trägersystem

In Deutschland forderte der Bundestag im März 2010 die Bundesregierung einstimmig auf, sich neben dem Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden genau dafür stark zu machen. Daran sollten wir die deutschen PolitikerInnen im bevorstehenden Wahlkampf zur Bundestagswahl 2013 erinnern. Vor den NATO-Partnern kuschen, wie das Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle in Chicago getan haben, muss mit dem Wahlzettel bestraft werden. Die deutsche Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt« will dafür Sorge tragen, dass die Kampagnenforderungen in die Wahlprogramme der Parteien aufgenommen und von den KandidatInnen für Bundestag und Kanzlerschaft unterstützt werden. Sie lauten: „Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen – weltweit. Keine Modernisierung von Atomwaffen. Abzug der Atomwaffen aus Deutschland.“

Weitere Infos:
www.atomwaffenfrei.de
(Grafik: Transparent der Kampagne)

Abzug der Atomwaffen aus Deutschland

Keine Modernisierung von Atomwaffen

Verbot und Vernichtung aller Atomwaffen – weltweit

www.atomwaffenfrei.de

atomwaffenfrei.
➔ **jetzt**